

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großhild beiderlich bestimmte Blatt

<b>Bezugspreis</b> mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbst-abböler 1.90 Mark. - Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Beleggeld. Telefon Sammelnummer 72208 - <b>Postcheckkonto Leipzig Nr. 534 77</b>	<b>Redaktion:</b> Leipzig, Taubacher Str. 19/21 <b>Telegraphen-Adresse:</b> Volkszeitung Leipzig <b>Telefon</b> 72208. - <b>Verlag</b> in Leipzig, Taubacher Straße 19/21 - <b>Telefon</b> 72208	<b>Inseratenpreise:</b> Die 10erzeile, Kolonelle 35 Wk., bei Planvorschrift 40 Wk., Stellenangebote 10gele, Kolonelle 25 Wk., Familiennachrichten von Privatent die 10gele, Kolonelle mit 50% Nachl. Reklamezeile 2 Wk., Inlerate u. ausw.: die 10gele, Kolonelle 40 Wk. bei Planvorschrift, 50 Wk., Reklamezeile 2,25 Wk.
---	--	--

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. - Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigstellen und alle Postämter entgegen

## Der Staatsgerichtshof zum Flaggenstreit

### Preußens Notverordnung für verfassungswidrig erklärt

SPD Der Staatsgerichtshof befand sich am Montag unter dem Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons mit dem Flaggenkonflikt zwischen dem Potsdamer Magistrat und der preußischen Staatsregierung. Der Staatsgerichtshof kam nach längerer Beratung zu folgender Entscheidung:

„Die Notverordnung der preußischen Regierung vom 8. August 1927 ist mit der preußischen Verfassung unvereinbar.“

Der Präsident des Reichsgerichts Dr. Simons begründete das Urteil wie folgt: Dem Antrag der preußischen Regierung, die Urteilsvollstreckung zu vertragen, bis der Preußische Landtag sich mit der Flaggenverordnung beschäftigt habe, wurde vom Staatsgerichtshof nicht entsprochen, da die Gründe für ihn nicht maßgebend seien. Die Anfechtungsgründe der Deutschen nationalen Landtagsfraktion, daß der ständige Ausschuß des Preußischen Landtags, der die Notverordnung angenommen hat, nicht ordnungsgemäß zusammengesetzt war, habe der Staatsgerichtshof nicht zu prüfen gehabt. Es wäre lediglich zu prüfen gewesen, ob es notwendig war, die Notverordnung zu erlassen und ob die Sicherheit des Landes so gefährdet war, daß eine Notverordnung notwendig wurde. Die Preußische Regierung habe wenig vorgebracht und auch das Material sei dürftig gewesen, aus dem hervorgeht, daß die Notverordnung zu Recht erlassen sei. Der Artikel 55 der Preußischen Verfassung sei durch diese Notverordnung mehrfach verletzt worden. Auch andere rechtliche Verletzungen hätten vorgelegen. Aus all diesen Gründen habe der Staatsgerichtshof die Flaggenverordnung der Preußischen Regierung nicht für verfassungsmäßig angesehen. Er halte sie mit der Preußischen Verfassung für unvereinbar.

Die preußische Regierung wird nun die Entscheidung des Reichstages über die Frage des Verfassungstages abwarten. Wird der Entwurf Gesetz, so kann sich Preußen hinsichtlich der Flaggenfrage mit Ausführungsbestimmungen begnügen. Wird er nicht Gesetz, so steht es nach dem Urteil des Staatsgerichtshofes frei, für Preußen ein eigenes Gesetz einzubringen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß ein derartiger Entwurf im preußischen Landtag eine Mehrheit finden würde. Die Voraussetzungen hierfür sind durch den Wahlerfolg der Sozialdemokratie am 20. Mai geschaffen worden.

## Neue Filmaffäre der Reichswehr

### Der gefährliche Potemkin

Nach einer Berliner Wäutermessung ist am Sonnabend ein Reichswehrsoldat, der im Tauentzien-Palast den dort laufenden Potemkin-Film besuchen wollte, daran von zwei anderen Reichswehrsoldaten, die sich in Zivil befanden, gehindert worden. Auch am Sonntag befand sich das Lichtspielhaus unter der Beobachtung eines solchen Doppelpostens, der vor dem Eingang Aufstellung genommen hatte. Die Direktion des Lichtspielhauses veranlaßte einen Schutzpolizisten, die beiden Reichswehrsoldaten um ihre Ausweise zu bitten. Der eine von ihnen wies sich als Gefreiter und Beauftragter des Gruppenkommandos aus und erklärte, die Befehle erhalten zu haben, den Besuch der Vorstellung durch Reichswehrangehörige zu verhindern bzw. deren Namen festzustellen.

Vom Reichswehrministerium wird zu dem Vorfall erklärt, der Reichswehrminister billige aus Gründen der Disziplin das ergangene Verbot und beabsichtige nicht, das Verbot des Besuchs des Potemkin-Films aufzuheben. Es werde aber noch geprüft, ob die Art des Vorgehens sich im Rahmen der gesetzmäßigen Bestimmungen bewegt habe.

Soll das die „überparteiliche Einstellung der Reichswehr“ sein, von der in der Regierungserklärung so schön gesprochen worden ist?

## Blutige Zusammenstöße in Saarbrücken

SPD Saarbrücken, 10. Juli. (Radio.)

Der Rote Frontkämpferbund plante am Sonntag und Montag in Saarbrücken große Demonstrationen. Die Regierungskommission untersagte diese Kundgebungen. Trotzdem erschienen aus dem In- und Ausland zahlreiche Kommunisten. Als die Polizei den Versuch machte, einen Trupp Roter Frontkämpfer zu entwaffnen, wurde sie durch scharfe Schüsse angegriffen. Die Beamten gingen darauf mit blanker Waffe vor. Mehrere Personen wurden schwer verletzt, so daß sie ins Krankenhaus überführt werden mußten.

## Heerschau im Oktober

### Rüstet den Tag! 1878—1928

Am 21. Oktober des Jahres 1878 trat das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ in Kraft.

50 Jahre sind seitdem ins Land gegangen. 50 Jahre historischen Geschehens treten in den Kreis der Erinnerung.

Am 21. Oktober 1878 wurde die in der Sozialdemokratie politisch organisierte Arbeiterklasse Deutschlands durch ein Ausnahmegesetz schimpflichster Art außerhalb des allgemeinen Rechts gestellt und brutaler Polizeiwillkür, schmähtlichstem Spitzelsystem ausgeliefert. Was die Polizei durch blindwütiges Verbot von Zeitungen, Vereinen, Gewerkschaften vorbereitete, was ein verlogenes Lastspielzeug förderte, wurde später von der Justiz durch vom Klassenhaß diktierte unglaublich harte Strafurteile vervollständigt.

Eine Flut von Erinnerungen taucht aus der Zeiten Schöpfung empor. Wie sah es damals in der Arbeiterbewegung aus?

Die Organisationen waren zerstückt, die Klassen leer, die tätigen Genossen ausgewiesen, die Parteigänger verboten, jeder halbwegs verdächtige Genosse auf Schritt und Tritt von Spitzeln verfolgt. Die Ausweisung, die in Frankfurt a. M. die Führer der Bewegung am Weihnachtsfestabend, dem „Fest der Menschenliebe“, traf, kennzeichnet unaussprechlich den Geist jener Zeit, in der das Parteilieben geküßt und die Agitationsfähigkeit der Partei zertrümmert schien.

Bald aber rüstete sie sich wieder empor. Mutige Entschlossenheit, getragen von einer Opferwilligkeit ohne Gleichen, fand die Mittel und Wege, die Agitation und Propaganda für die Partei in intensiverer Weise als je zuvor, trotz Sozialistengesetz, zu betreiben.

Weit über 1000 Parteigenossen wurden durch die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes von Weib und Kind gerissen, existenzlos gemacht und in die Verbannung getrieben.

1299 Zeitungen und sonstige Druckschriften sind verboten worden. 352 Gewerkschaften, Unterhaltungs-, Gesangs-, Turn-, Bergnützlichungs- und politische Vereine wurden aufgelöst und an tausend Jahre Strafschast und Unterjochungshoheit über die Arbeiter Deutschlands verhängt, um den Nachgebliebenen der Bourgeoisie an der machtvoll vordringenden Arbeiterklasse Befriedigung zu geben.

Mit allen Mitteln suchte man die Arbeiterklasse der Sozialdemokratie abzuweiden zu machen: Neben die Peitsche des Sozialistengesetzes das Zuckerkrot der Verprechung sozialer Reformen.

Aber in unerschütterlicher Treue hielt die deutsche Arbeiterklasse an der Sozialdemokratie fest. Dank gebührt jenen Kämpfern, die die Wunden des Kampfes zu tragen hatten. Sie sind die Sieger geblieben. Sie stehen hoch und triumphierend über den Tagen, da sie gehetzt, gequält und geküßt wurden. Ihr Wert ist zu imponierender Größe geblieben. Das Sozialistengesetz fiel. Die Sozialdemokratie triumphierte.

„Glaubt an den Sieg und ihr werdet siegen!“ Kaum ein geschichtliches Ereignis lehrt so eindringlich die Macht der Ueberzeugung wie das deutsche Sozialistengesetz. Die damals einer übermächtigen Welt von Feinden zum Trotz der sozialistischen Idee den Weg bahnten, haben es erlebt, wie aus der kleinen verfolgten Schaar die stärkste Partei wurde, auf deren Ueberwindung niemand mehr rechnen konnte. Die Tausenden, die unter dem Joch des Sozialisten-

gesetzes rangen, die Weltbekannten wie die Namenlosen, leben noch heute in ihrem Wert, in der Größe und Macht der sozialistischen Bewegung.

In Bismarck, dem Mann von Blut und Eisen, der die Sozialdemokratie in Blut ertränken wollte, sank der Drache dahin, bezwungen von dem jungfräulichen Riesen Proletariat. Neu erstanden die Organisationen der Partei, der Gewerkschaften; das Genossenschaftswesen blühte empor. Die sozialdemokratische Presse wurde zu einer Macht, die der täglichen Brunnenervergiftung der kapitalistischen Presse mit Erfolg entgegentrat. Die Arbeiter-Turn- und Sportbewegung, der Arbeiterlängerbund, die Volksbühnenbewegung und andere sich im sozialistischen Kulturbund betätigende Organisationen förderten zu ihrem Teil den kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse.

Schulter an Schulter mit den sozialistischen Parteien aller Kulturländer marschierte die deutsche Arbeiterklasse vorwärts. Kulturpolitisch, wirtschafts- und staatspolitisch spannte sie ihre Ziele höher und im Gleichschritt der Arbeiterbataillone marschierte sie an der Spitze des internationalen Sozialismus, dem Siege entgegen. Selbst jene Periode des Grauens, die im Weltkrieg die Völker der Welt gegeneinander marschieren und Millionen dahinsinken sah, vermochte nur zeitweise den Vormarsch des internationalen Sozialismus zu hemmen. Kaum war der eiserne Mund der Kanonen verstummt, als die Soldaten des Sozialismus sich wieder zusammenschanden zu neuer Arbeit im Sinne und Geist des Kampfes gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Die Wunden vorübergehender Parteispaltung schlossen sich und auch international gliederten sich Gewerkschaften und politische Organisationen wieder in Kadern, wie sie an Stärke die Welt niemals gesehen.

Zum 21. Oktober dieses Jahres ruft die Sozialdemokratie Euch, Ihr Arbeiter und Arbeiterinnen, Angestellte und Beamte zu gewaltigem Aufstand.

Ein Tag geschichtlicher Lehre ruft, an dem alle Zweige der Arbeiterbewegung und alle befreundeten Verbände, die den Kulturbestrebungen der Sozialdemokratie mit dienen, sich vereinen zum Tag des Bekenntnisses, zum Tag der Werbung, zum Tag der Förderung für die Ideen des Sozialismus.

Am 21. Oktober hält die sozialdemokratische Arbeiterbewegung Heerschau ab.

In jeder Stadt, in jedem Dorf, überall, wo sich Gesinnungsgenossen finden, vereine dieser Tag Männer, Frauen und Jugendliche, um in Rückblick und Ausblick neue Kräfte zu sammeln, die Organisation zu stärken und das Feuer der Begeisterung hochlodern zu lassen zu einer Flammenfülle wahrhaftigen Sinnes, an der alle die sich verzehren sollen, die hämisch und neidisch der Arbeiterbewegung ihren Fortschritt hemmen wollen.

Auch der kleinste Ortsverein der Partei muß diesen Tag festlich begehen. Alle der Partei befreundeten Organisationen: Gewerkschaften, Sport- und Turnvereine, Arbeiter-Gesangsvereine, auch die Jugendverbände müssen zu einer würdigen Feier an diesem Tage mit der Partei vereint werden.

Der 21. Oktober, der sozialdemokratische Tag, dient der Vorbereitung für die sozialdemokratische Werbewoche vom 21. bis 29. Oktober. Der 21. Oktober soll alle Organisationen vereinen, die einstmalig von den Schlägen des Sozialistengesetzes getroffen wurden. An die Arbeit! Hoch die Sozialdemokratie!

Der Parteivorstand.

## Das Bombenattentat in Moskau

SPD Berlin, 10. Juli. (Radio.)

Das Attentat auf das Moskauer Gebäude der Tscheka wird in einem heute von der Berliner Presse veröffentlichten Bericht eines Augenzeugen bestätigt. Dieser Zeuge, ein Ausländer, ist am Montag, von Moskau kommend, in Berlin eingetroffen. Er erklärt, daß es sich um eine außerordentlich heftige Detonation gehandelt habe. Wenige Sekunden später sei ein Trupp der Tscheka aus dem Gebäude herausgekommen, um alle Leute, die sich noch auf der Straße befanden, rücksichtslos zurückzudrängen. Jede Auskunft über Art und Umfang der Explosion sei verweigert worden. Da sofort nach der Explosion mehrere Krankenautos heranekiften, sei anzunehmen, daß es Verwundete und Tote gegeben habe. Unmittelbar nach dem Attentat habe man mit den bei solchen Anlässen üblichen Massenderhaftungen politischer Gegner der Sowjets begonnen. Die Erregung in Moskau sei allgemein und es schwirren alle möglichen, unkontrollierbaren Gerüchte umher. Unter anderem werde auch behauptet, daß das Attentat von der Tscheka selbst inszeniert worden sei, um auf diese Weise die Hinrichtung der im Schachtin-Prozess zum Tode verurteilten Angeklagten durchzuführen.

### Zwei Tote?

RU. Kowno, 10. Juli.

Nach Meldungen aus Moskau wird der Bombenanschlag auf das Hauptgebäude der GPU in Moskau von der GPU amtlich be-

stätigt. Nach der Mitteilung der GPU erschienen am letzten Freitag um 19 Uhr mehrere Personen, die den Leiter der GPU sprechen wollten, im Hauptgebäude der GPU. Die Leute wurden in ein Zimmer gebracht, wo sich zwei Rotarmisten befanden. Im Augenblick des Eintritts warf eine der Personen eine Bombe, durch die ein Rotarmist getötet wurde. Sogleich wurde die Wache des Gebäudes alarmiert. Die Attentäter, bis auf einen, der erschossen wurde, flüchteten. Der Name des Erschossenen ist Kadlewisch. Dieser war nach Mitteilung der GPU früher Tage am kaiserlichen Hof und wurde vom rumänischen Generalkonsul nach Rußland entführt, um terroristische Akte zu verüben. Später wurde noch ein Attentäter, ein Russe, in der Nähe von Moskau verhaftet. Weitere Einzelheiten werden amtlich nicht gemeldet.

## Trianon und die Sozialisten

SPD. Budapest, 9. Juli.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Rumäniens hat sich dieser Tage mit den durch die Kampagne gegen den Friedensvertrag von Trianon aufgeworfenen Fragen befaßt. Er kam zu der Ueberzeugung, daß die prinzipielle Erledigung dieser Fragen und insbesondere eine einheitliche Haltung der beteiligten Parteien nur durch eine Aussprache der an dem Vertrag interessierten Partner angebahnt werden könne. Demgemäß hat die Sozialdemokratische Partei Rumäniens die Sozialistische Arbeiter-Internationale ersucht, anlässlich des Brüsseler Kongresses eine Fühlungnahme der Vertreter Ungarns, Oesterreichs, der Tschechoslowakei, Jugoslawiens und Rumäniens zwecks Vorbereitung einer der Trianonfrage und der Minoritätenpolitik in den Ländern mit ehemals ungarischen Gebieten gewidmeten internationalen Konferenz zu veranstalten.